

# Solidarität im deutschen Sozialversicherungsstaat

Erscheint in: Sozialer Fortschritt 2017/2018

Sven Jochem

Universität Konstanz

[svn.jochem@uni-konstanz.de](mailto:svn.jochem@uni-konstanz.de)

Stand: 21.09.2017

Zeichen (inkl. Leerzeichen)

Soll: 45.000

Ist: 51.710

Abstract:

In der normativen Theorie ist die Debatte über Solidarität nur schwach ausgeprägt. In diesem Beitrag werden aufbauend auf unterschiedliche Reziprozitätserwartungen vier Welten sozialpolitischer Solidarität unterschieden. Die Sozialversicherungs-Solidarität in Deutschland ist aus normativer Perspektive weniger ambitioniert als eine substanzuell-universelle Solidarität. Allerdings argumentiere ich, dass Institutionen substanzuell-universeller Solidarität im Zeitalter der (europäischen) Entgrenzung und (europäischen) Austerität nicht überlebensfähig zu sein scheinen. Letztlich ist die begrenzte Solidarität der Sozialversicherung unter diesen Bedingungen zwar nicht normativ, gleichwohl aber aus empirischen Gründen Institutionen substanzuell-universeller Solidarität überlegen. Der Preis hierfür besteht allerdings in einer weiter zunehmenden Prekarisierung, einer sich ausweitenden marktbasieren formal-universellen Solidarität, einem drohenden sozialpolitischen Chauvinismus sowie einer demokratietheoretischen Auszehrung.

Schlagwörter: Solidarität, Sozialversicherung, Reziprozität, Austerität

## 1) Einleitung

Die Sozialpolitik in Deutschland steht vor immensen Herausforderungen. Es gilt kulturelle und demographische Veränderungen zu meistern, eine zunehmende Anzahl von Flüchtlingen und Migranten sozialpolitisch abzusichern und zu integrieren sowie die Digitalisierung mit all ihren Auswirkungen auf den bereits dualisierten Arbeitsmarkt sozialpolitisch zu meistern – und all dies muss zudem unter den Bedingungen des europäischen Integrations- und Austeritätsregimes erfolgen.

Welche Form der Solidarität kann unter diesen Verhältnissen noch verfolgt werden? Ist die spezifische Solidarität des deutschen Sozialversicherungsstaates gut auf diese Herausforderungen vorbereitet? Welche ethisch-solidarische Alternative lässt sich gut begründet als Orientierungspunkt für eine weitere Reformpolitik formulieren? Die leitende Fragestellung dieses Beitrages lautet, welche Form der Solidarität im deutschen Sozialversicherungsstaat institutionell eingewoben ist, ob diese spezifische Form der Sozialversicherungs-Solidarität gut gewappnet ist für die anstehenden Herausforderungen oder an welchem anderen Solidaritätsideal sich die deutsche Reformpolitik orientieren könnte, will sie solidarische Politik unter den veränderten ökonomischen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen umsetzen.

Ich vertrete in diesem Beitrag die These, dass aus *normativer Perspektive* der deutsche Sozialversicherungsstaat mit seiner spezifischen Form der Solidarität nicht gut gewappnet ist, die zentralen Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Der Sozialversicherungsstaat ist normativ auf die Erwerbsbevölkerung fokussiert; unstete Erwerbsverläufe, demographische Veränderungen oder zunehmende Migration erfordern hingegen sozialpolitische Maßnahmen, die über die erwerbsorientierte Grundlage des Sozialversicherungsstaates hinausgehen sollten. Aus normativer Perspektive wäre dafür zu plädieren, dass die deutsche Reformpolitik eine substanzuell-universelle Solidarität anstreben sollte, wie sie vor allem in den nordischen Wohlfahrtsstaaten zu beobachten war. Allerdings argumentiere ich aus einer *empirischen Perspektive*, dass Institutionen substanzuell-universeller Solidarität im Zeitalter der (europäischen) Entgrenzung und (europäischen) Austerität nicht überlebensfähig erscheinen. Substanzuell-universelle Solidarität bedarf Grenzen. Es ist eine (dialektische) Ironie der Geschichte, dass das historische Projekt europäischer Grenzüberwindung dazu beiträgt, dass substanzuell-universelle Solidarität in den Mitgliedsländern der EU ausgehöhlt wird. Insofern ist die Ethik der Sozialversicherung im Zeitalter der Entgrenzung zwar nicht normativ, gleichwohl aber nach der empirischen Kraft des Faktischen Institutionen substanzuell-

universeller Solidarität überlegen. Der Preis hierfür besteht in einer weiter zunehmenden Prekarisierung, einer sich ausweitenden formal-universellen Solidarität des Marktes sowie eines drohenden sozialpolitischen Chauvinismus; materielle, soziale, kulturelle sowie politische Ungleichheiten werden in der Konsequenz weiter zunehmen.

Im folgenden Abschnitt diskutiere ich, welche Formen und welche Gründe der Solidarität in der Literatur diskutiert werden – und wie Solidarität überhaupt sinnvoll als Beurteilungskriterium der Sozialpolitik in Anschlag gebracht werden kann. Im dritten Abschnitt erörtere ich auf Grundlage dieser Solidaritäts-Matrix die Herausforderungen und Potenziale der deutschen Sozialversicherungs-Solidarität aus normativer als auch empirischer Perspektive thesenartig. Das Fazit stellt die Ergebnisse dieses Beitrages in eine demokratietheoretische Perspektive.

## 2) Formen, Gründe und Grenzen der Solidarität

Die Debatte über Solidarität ist in der normativen Theorie und Philosophie schwach ausgeprägt (z.B. *Bayertz* 1998a, b; *Banting/Kymlick* 2017a, b), gleichwohl wird Solidarität als ein Konzept der Zukunft gehandelt (*Münkler* 2004, *Thelen* 2014). Ein Hauptgrund für die unterentwickelte theoretische Debatte zum Solidaritätsbegriff liegt darin, dass der Kern des Konzeptes schwer zu erfassen scheint. So ist zwar ideengeschichtlich die Spur des Solidaritätsbegriffes ausgehend von den Debatten und Ereignissen der Französischen Revolution bis in die heutige Zeit durchaus anschaulich zu skizzieren (*Stjernø* 2004, *Große-Kracht* 2007, *Wildt* 2007), allerdings bestätigt ein solchermaßen ideengeschichtlicher Zugang weitgehend die Heterogenität der Begriffsverwendungen, ohne systematische Differenzierungen der Solidarität leisten zu können.

Dieser Mangel an Konkretion trifft vor allem dann zu, wenn Solidarität in Bezug gesetzt wird mit Begriffen wie Altruismus, Nächstenliebe, Toleranz oder Sozialkapital (z.B. *Jeffries* 2014). Was macht vor dem Hintergrund dieser Begriffe das Besondere der Solidarität aus? Ist Solidarität etwas anderes als Nächstenliebe? Ist Solidarität diese diffuse Kraft, die Gesellschaften zusammenhält? Und ist Solidarität als eine gemeinschaftliche Kraft der nutzenmaximierenden und egoistischen Kraft kapitalistischer Vergesellschaftung entgegensetzen?

Die Narrative der Solidarität sind in oft Narrative des Niedergangs (*Alexander 2014*). Die solidarische Gemeinschaft leide diesen Positionen zufolge unter der auszehrenden Kraft des (entgrenzten) (Finanz-)Kapitalismus, der Eigennutz obsiege und Gesellschaften würden auseinanderdriften und sich desintegrieren, getrieben von den alles zersetzenden Triebkräften des kapitalistischen Egoismus mit seiner äußeren und vor allem „inneren Landnahme“ (*Lutz 1984*). Just seit der Finanzkrise nach 2007 mehren sich Stimmen, die im Finanzkapitalismus die Aushöhlung solidarischer Gemeinschaften sehen (*Streeck 2013, Brown 2015*).

Eine solche kapitalismuspessimistische Schlussfolgerung kann vermieden werden, wenn auch im kapitalistischen Egoismus eine Form der Solidarität mitgedacht wird. Kapitalistische Theorien – angefangen bei Adam Smith – haben im gegenseitigen Tausch ein universelles ethisches Prinzip der Sittlichkeit und des guten Handelns gesehen (*Herzog/Honneth 2014*). Wer mit anderen Menschen handeln möchte, sieht sich zusammengehörig zu einer auch ethisch verpflichtenden Gemeinschaft – wenngleich in einer solchen Konstellation die normativen Inhalte guten Handelns eher gering sind, dafür allerdings universell gelten, da sich der kapitalistische Handel grundsätzlich über Grenzen hinaus ausdehnen kann. Die *Gegenüberstellung* von Solidarität und Kapitalismus greift also zu kurz; vielmehr gilt es, unterschiedliche Formen der Solidarität in der gegenseitigen Bedingtheit von Solidarität und Kapitalismus zu differenzieren.

Der Begriff der Solidarität ist analytisch auf vielfältige Weise zu differenzieren. Erstens ist danach zu fragen, ob Solidarität zwischen einzelnen Menschen oder in einer Makro-Perspektive (also gesellschaftlich oder gar kosmopolitisch) zu verstehen sei. Wenn wir hier der gesellschaftlichen Perspektive folgen, dann kann zweitens Solidarität innerhalb einer Gruppe in den Fokus der Aufmerksamkeit gelangen – also eher die sozialintegrative Kraft des Prinzips betont werden – oder das Prinzip der Solidarität wird zwischen getrennten Gruppen in Anschlag gebracht – hier wäre zum Beispiel das solidarische Handeln der deutschen Bevölkerung zu nennen, die einer von Hungersnot betroffenen Gesellschaft in Afrika Hilfe zuteilwerden lässt. Solidarität kann also zwischen Menschen als auch zwischen Gesellschaften auftreten. Solidarität kann bezogen sein auf eine In-Group sowie auf eine Out-Group – die Verwirrung erscheint perfekt und spätestens an dieser Stelle wird Kritik laut, Solidarität taue als normatives Konzept nur für Sonntagsreden von Politikern vorwiegend in Wahlkampfzeiten. Diese Schlussfolgerung zielt jedoch ins Leere.

Solidarität ist zuvörderst ein Rechtsbegriff (*Brunkhorst 2015*) und als solcher im Haftungsrecht verankert. Die römische *obligatio in solidum* umschreibt die Gesamthaftung

einer Gruppe von Personen. Wenn eine Person dieser Gruppe nicht mehr zahlungsfähig ist, dann kann diese Schuld bei allen anderen Mitgliedern der Gruppe eingetrieben werden; alle anderen Mitglieder der Gruppe fühlen sich verpflichtet, sich dieser gemeinschaftlichen Verpflichtung zu stellen. Daher wird Solidarität auch gerne mit der Metapher aus der Welt des (Mannschafts-)Sports umschrieben: „Einer für alle, alle für einen“. Aber worauf gründet diese Solidarität? Warum entziehe ich mich als rationaler Trittbrettfahrer nicht der Verpflichtung meiner Gruppe gegenüber? Warum folge ich nicht nur meinem eigenen Interesse? Kann eine „unsichtbare Hand“ (*Adam Smith*) uns nutzenmaximierende Egoisten tatsächlich daran hindern, uns vor unseren ethischen Pflichten zu drücken? Und wenn wir nicht an die Wirkungskraft unsichtbarer Hände (oder göttlicher Pflichten) glauben mögen, was muss gegeben sein, dass Gesellschaften nicht auseinanderdriften, die Menschen sich nicht gegenseitig zerfleischen beim Kampf um knappe Güter, sondern sich im Gegenteil gegenseitig helfen?

Solidarität ist zu denken als verbindendes Glied zwischen egoistischem und durch Verträge abgesicherten Tauschverhältnissen einerseits und einseitigem Altruismus andererseits (*Miller* 2017). Solidarität kann dabei ebenso wie Altruismus oder Tausch durch spezifische *Reziprozitätserwartungen* (*Mau* 2002) differenziert und konkretisiert werden. Während im egoistischen Tauschgeschäft Reziprozität *unbedingt* gegeben sein muss – sonst würden Vertragsverletzungen zum Versiegen des Tausches führen – wird beim altruistischen Handeln *keine* reziproke Kompensation erwartet. Altruismus umschreibt die helfende Handlung ohne jedwede Erwartung auf Kompensation (*Nagel* 1970, *Monroe* 1996) und wird daher vor allem mit Liebe in Verbindung gebracht.<sup>1</sup>

Solidarität ist (gutes) Handeln in einer bestimmten Form der Reziprozitätserwartung (*Mau* 2002). Anders als beim Tausch ist die Reziprozität der Solidarität allerdings eine *vorgestellte* Reziprozität, eine Reziprozität des *als-ob*. Eine solidarische Handlung wird getätigt, indem der Handelnde davon ausgehen darf, dass der Adressat der Handlung in einem ähnlich gelagerten Falle ebenfalls zu einer solchen Handlung tendieren *würde*. Während beim Tausch

---

<sup>1</sup> *Theodor W. Adorno* fasst Liebe als nicht durch reziproke oder gar rechtliche gekennzeichnete Kategorien sozialen Lebens auf: „der Liebe verlor, weiß von allen sich verlassen, darum verschmäht er den Trost (...) Damit aber erwacht er zum paradoxen Bewußtsein (sic) des Allgemeinen: des unveräußerlichen und unklagbaren Menschenrechtes, von der Geliebten geliebt zu werden. Mit seiner auf keinen Titel und Anspruch gegründeten Bitte um Gewährung appelliert er an eine unbekannte Instanz, die aus Gnade ihm zuspricht, was ihm gehört und doch nicht gehört. Das Geheimnis der Gerechtigkeit in der Liebe ist die Aufhebung des Rechts, auf die Liebe mit sprachloser Gebärde deutet“ (*Adorno* 2016 [1951]: Nr. 104, S. 187).

Reziprozität konstitutiv sein muss, ist sie beim altruistischen Handeln gänzlich abwesend; solidarisches Handeln zeichnet sich aber dadurch aus, dass die Reziprozität als eine gedachte gegenseitige Verpflichtung existiert, die nicht unbedingt eingefordert werden muss (wie beim vertragsbasierten Tausch), die aber jederzeit einforderbar *wäre*.

Als antreibende Kraft für Solidarität ist somit weniger Liebe bedeutsam, sondern Mitgefühl, empathische humanistische Ideen (Menschenrechte) oder eine Form der Gruppenidentität, die handlungsanleitend wirken und das Gefühl für ein gemeinsames „Wir“ erwecken kann. Handlungsleitende Emotion kann das Gefühl einer universalistischen Wertigkeit des Menschen als eines Menschen sein, der ein Recht darauf hat, Rechte zu haben, wie *Hannah Arendt* (1949) es ausdrückt. Aber Solidarität kann sich gleichsam auch auf abgrenzbare Gruppen beschränken: Somit lässt sich auch die oben angesprochene vermeintliche Konfusion des Solidaritätsbegriffes auflösen. Solidarität kann universell und eingeschränkt gedacht werden. Die *vorgestellte* Reziprozität ruht stets auf einem Gefühl der Gemeinsamkeit (*Wir-Gefühl*), bei dem die Wechselseitigkeit wenn auch nur als *vorgestellte*, so doch gleichsam auch als *realisierbare* gedacht und gefühlt wird.<sup>2</sup> Was der ursprünglich tragende Grund für diese Hoffnung auf Realisierung sein kann, ist schwerlich anders auszudrücken als eine wie auch immer weiter zu begründende *ethische Pflicht*.<sup>3</sup>

Solidarität kann auf freiwillig-zivilgesellschaftliche als auch auf politisch-rechtliche Fundamente gründen. *Herfried Münkler* (2004) argumentiert zwar, dass Solidarität die Form gemeinschaftlichen Handelns zwischen Menschen sei, das kaum auf die Nation als verbindenden Grund zurückgeführt werden könne. Dass Staat und Nation in eins fallen, sei zudem nach *Münkler* eine historische Ausnahme, aber keine zwingende Koinzidenz. Für *Münkler* liegt daher der wahre Ort der Solidarität in der Zivilgesellschaft, wohlfahrtsstaatliche Arrangements erscheinen bei ihm als „ein System des Freikaufs von praktizierter Solidarität“ (*Münkler* 2004: 24 f.), bei dem gar der Wohlfahrtsstaat „Solidarität zum Verschwinden“ bringe (*Münkler* 2004: 25).

Solidarität ist aber als dynamischer Begriff des (vor allem demokratischen) Staates zu denken. Wer sich die historische Dynamik von Solidarität vor Augen führt kommt nicht umhin zu

---

<sup>2</sup> In dieser Hinsicht wäre Solidarität quasi als ein Gefühl der wechselseitigen Verbundenheit zu denken, das sich wünschen würde, es könnte zur Liebe werden. Zur Renaissance von Gefühlen in der politischen Philosophie vgl. *Nussbaum* (2014).

<sup>3</sup> Auf transzendente Fragen wie nach den Bedingungen der Möglichkeit von Solidarität kann hier nicht eingegangen werden, ebenso wenig auf die Frage nach dem spezifischen Verhältnis von Solidarität und Gerechtigkeit (vgl. *Bayertz* 1998a, *Derpmann* 2013).

bemerken, dass jegliche Solidarität erstmals in kleinen (familiären) Gruppen mit starker emotionaler Bindung ausgeführt wurde. Erst mit der Rationalisierung des Staates – nicht unbedingt des Staates nur einer Nation – übernahm der Staat (oder die dominante Kirche mit Unterstützung des Staates), wenn es zu Verwerfungen, Konflikten, Massenexodus oder Hungersnöten kam, die Verantwortung zur Verpflichtung von Solidarität. Je demokratischer (und responsiver) Politik wurde, desto weniger konnte sie soziale Missstände und Hilferufe ignorieren, ohne ihre eigene Legitimität aufs Spiel zu setzen. Funktionalistisch betrachtet sicherte der Staat die bloße Hoffnung auf solidarische Reziprozität in kleinen, emotional verbundenen Gruppen schließlich durch rechtlichen Zwang ab. Der demokratische Staat führt zwischenmenschliche (und ursprünglich familiäre) Emotionen der Solidarität in positives Recht über, was als Ursprung moderner Sozialstaatlichkeit interpretiert werden kann (*Kaufmann 2015*).

Solidarität ist ferner *aktive* Parteinahme (*Derpmann 2013: 23-24, Sangiovanni 2015*). Dies wird durch die Metapher vom barmherzigen Samariter deutlich. In der einschlägigen Textstelle im *Lukas-Evangelium*<sup>4</sup> gehen mehrere (gläubige) Personen an dem ausgeraubten und halb totgeschlagenen Menschen vorbei; lediglich der Mann aus Samarien, die in der damaligen Zeit keinen guten Leumund hatten, hielt an, kümmerte sich um die unmittelbaren Verletzungen des Mannes und sorgte noch finanziell für die weitere Pflege und Betreuung des niedergeschlagenen Mannes. Darin besteht die entscheidende Pointe der Solidarität: Wir sind nicht solidarisch mit unseren Nächsten, die um uns sind, wir sind solidarisch mit denjenigen Menschen, die wir zu unseren Nächsten *machen*! Insofern ist Solidarität auch ein Begriff aus der Handlungs- und Steuerungstheorie (*Kaufmann 2015: 335-340*).

Sozialpolitik und Solidarität sind aufeinander bezogene Begriffe eines säkularisierten Glaubenskampfes um das „gute Leben“ (*Rieger/Leibfried 2004*). Folgt man der hier angelegten Reziprozitätsperspektive und unterscheidet zwischen einer ausgreifenden, Grenzen<sup>5</sup> überschreitenden Solidarität einerseits und einer Solidarität andererseits, die sich jeweils nur auf eine bestimmte Gruppe konzentriert, die also einkapselnd wirkt, dann können diese Formen der Solidarität mit unterschiedlich intensiven Formen staatlicher Sozialpolitik kontrastiert werden (vgl. Abb. 1). Sozialpolitik wird hier (krude) zwischen einerseits ambitioniert und universell sowie andererseits residual und selektiv unterschieden. In der sich

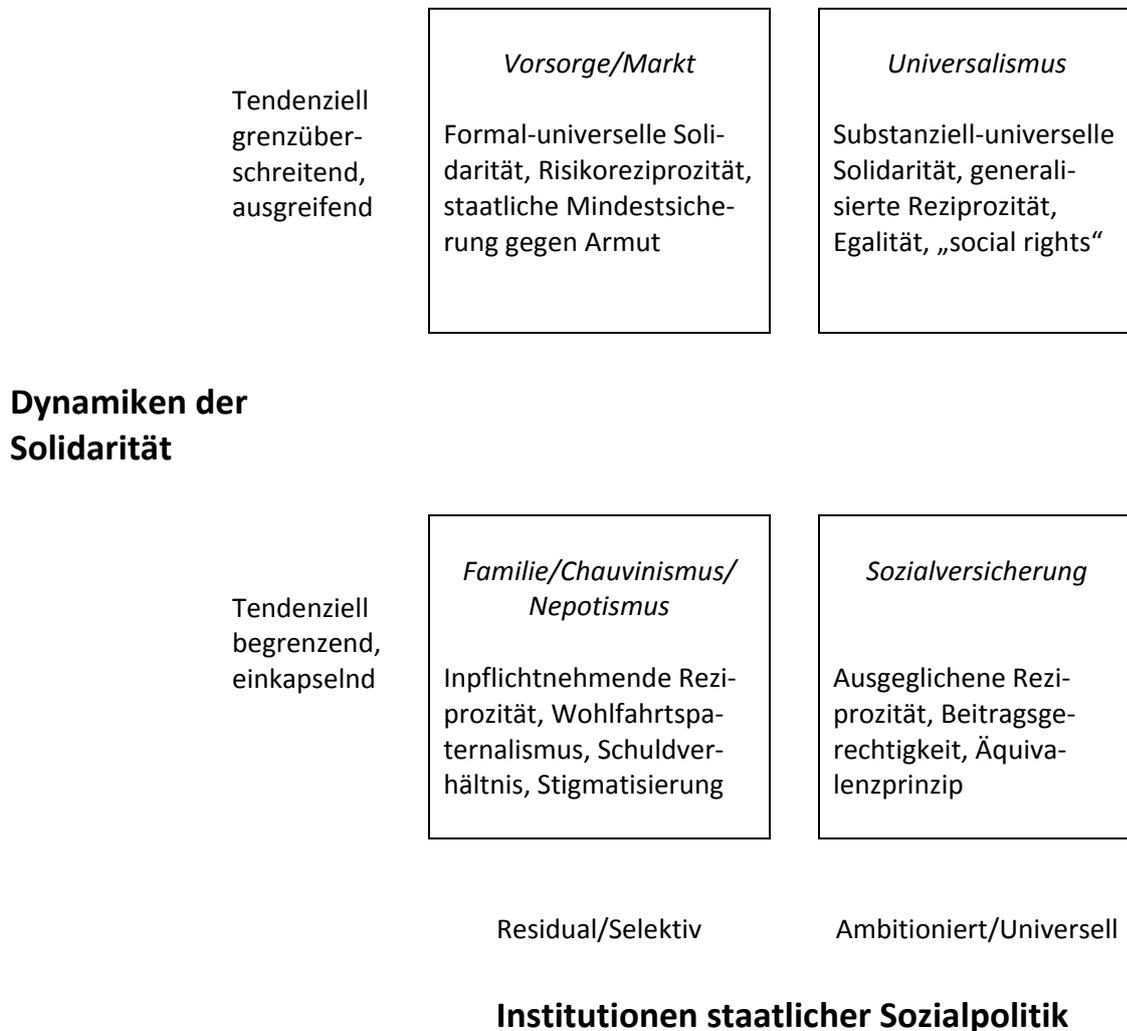
---

<sup>4</sup> Um genau zu sein handelt es sich um *Lukas 10, 25-37*.

<sup>5</sup> Hier sind nicht nur Grenzen im Sinne von territorialen Einteilungen zu verstehen. Auch soziale, ethnische, kulturelle oder gar biologische Grenzen werden hier in funktionaler Betrachtungsweise unter dem Begriff der Grenze subsumiert, vgl. zu philosophischen Debatte von Grenzen vor allem *Liessmann (2012)*.

ergebenden Vier-Felder-Matrix lassen sich unterschiedliche Mischungsverhältnisse von institutionalisierter Sozialpolitik und Solidaritätsvorstellungen abtragen.

Abbildung 1: Solidarität und Sozialpolitik



Anmerkung: Adaption und Weiterentwicklung typologisierender Reziprozitätsarrangements nach *Steffen Mau* (2002).

Es ist ferner ein sozialpolitisches Design vorstellbar, bei dem – analog zu den sozialen Beziehungen in einer Familie – ein starker Zwang zur gegenseitigen Hilfe besteht, diese Hilfe oft mit (moralischer) Kontrolle und Gruppenzwang erkaufte wird und nur für die In-Gruppe geleistet wird. Dieses chauvinistische Verständnis von solidarischer Sozialpolitik ist gegenwärtig vor allem bei rechtspopulistischen Parteien zu beobachten

(*Bay/Finseraas/Pedersen* 2013). Rechtspopulistische Parteien sind in ihrer Mehrzahl keine Feinde des Sozialstaates – zumindest wenn sie ihren neo-liberalen Gründungsimpetus abgelegt und sich den Globalisierungsverlieren zugewandt haben. Rechtspopulistische Parteien fordern im Gegenteil Sozialpolitik ein, allerdings nur für das ethnisch eingegrenzte Volk, das in dieser wohlfahrtschauvinistischen Sichtweise quasi zur zweiten Familie wird – mit allen Konsequenzen des Zwangs sowie mangelnder Pluralität.<sup>6</sup>

Wer sozialstaatlichen Aufwand begrenzen will, der kann auch eine universelle Solidarität dann verfolgen, wenn er den Zugang zu universellen Sicherungssystemen auf den (Kapital-)Märkten aufstößt.<sup>7</sup> Diese formal-universelle Solidarität ist durchaus wirksam, da marktbasierende Formen der gegenseitigen Hilfe grundsätzlich jedem offen stehen. Allerdings fordert der Markt eine Risikoreziprozität ein, also eine Differenzierung nach Risiko-Gruppen, wie sie in privaten Kranken- aber auch Lebensversicherungen anzutreffen ist (*Lehtonen/Liukko* 2011, 2015). Marktkonforme Institutionen der Solidarität sind also prinzipiell funktional universell, allerdings verlangt der Markt eine Betrachtung der Risikoreziprozität und belohnt dabei individuelle Vorsorge. Dem Staat bleibt die rudimentäre Aufgabe einer Armutsvermeidung bzw. einer die schlimmsten Formen materieller Armut korrigierenden Sozialpolitik.

Konzeptionell erhellend ist ferner die Beziehung zwischen ambitionierten und universellen Institutionen des Sozialstaates einerseits sowie unterschiedlichen Dynamiken der Solidarität andererseits. Ambitionierte, universelle sozialpolitische Institutionen sind grundsätzlich offen für vielfältige Integrationsleistungen. Allerdings sind sie hinsichtlich der solidarischen Dynamik zu differenzieren. Wenn Politik Solidarität grundsätzlich auf die Gemeinschaft oder auf die Erwerbsbevölkerung konzentriert (oder „die arbeitende Mitte“, wie im Bundestagswahlkampf 2017 von verschiedenen Seiten zu hören war), dann ist die Sozialversicherung ein geeignetes Instrument. Eine solche Versicherungs-Solidarität kann

---

<sup>6</sup> Aus historischer Perspektive ist dies allerdings die Kernlogik sozialpolitischen Wachstums moderner Staaten. Frühe Sozialpolitiken waren nie universell, immer richteten sie sich auf spezielle Gruppen aus, um die vorhandenen monetären Ressourcen zielgerichtet einsetzen zu können (*Alber* 1987, *Skocpol* 1992); allerdings wurden dann im Norden durch wegweisende Reformen rasch universelle Sicherungssysteme und nach dem Zweiten Weltkrieg Politiken der substanziell-universellen Solidarität implementiert (*Jochem* 2012, S. 171 ff.).

<sup>7</sup> Es ist dies keineswegs nur eine konzeptionelle Universalisierung formaler Solidarität. So hat *Colin Crouch* (2009) den Trend hin zum „Private Keynesianismus“ in der gegenwärtigen wohlfahrtsstaatlichen Politik der OECD Länder betont. Durch die Deregulierung der Kapitalmärkte würde vor allem den unteren Einkommensschichten der (prinzipiell universelle) Weg aufgestoßen zu einer marktbasierenden Solidaritätsabsicherung, allerdings zu dem Preis, dass sie sich den Gesetzen des Kapitalmarktes ausliefern müssen. Nur nebenbei sei bemerkt, dass dieser Weg in die private Überschuldung in jüngster Vergangenheit vor allem in den nordischen Wohlfahrtsstaaten sehr deutlich ausgeprägt ist (*Jochem* 2015).

unterschiedliche Ausprägungen annehmen (*Lehtonen/Liukko* 2011, 2015), gleichwohl ist allen diesen Formen gemein, dass die Beitragszahler im Fokus der Sozialpolitik stehen. Somit werden Ungleichheiten des Arbeitsmarktes tendenziell transformiert in Ungleichheiten der Sozialpolitik. Universell könnte eine solche Sozialpolitik insofern sein, als die Expansion des Arbeitsmarktes grundsätzlich universell erfolgen könnte, die universelle Kommodifizierung aller dann also eine Voraussetzung für eine universelle Solidarität der Versicherung darstellen würde.

Bei der universellen Sozialpolitik mit expansiv-dynamischem Verständnis von substantiell-universeller Solidarität ist dies anders; hier wird die grundsätzliche Offenheit solidarischer Hilfe für alle eingefordert, unabhängig von ihrem Arbeitsmarktstatus. Die Offenheit dieser Form der Sozialpolitik – und der mitunter emphatisch-utopische Universalismus – richtet sich tendenziell auf die Hilfestellung für alle Gemeinschaftsmitglieder<sup>8</sup>, die in Not sind. Und sie kann gar als Form einer kosmopolitischen Solidarität gedeutet werden, wenn die Solidarität auch für alle Menschen weltweit in Anschlag gebracht werden soll. Dieses Mischungsverhältnis ist insbesondere in den nordischen Wohlfahrtsstaaten zu beobachten, in denen das soziale Recht universell verankert ist, in denen aber auch die Solidarität mit anderen Gesellschaften immer wieder grenzüberschreitend demonstriert wird.

Diese Solidaritäts-Matrix dient zur konzeptionellen Differenzierung des Solidaritätsbegriffes, kann aber auch zur normativen sowie empirischen Erörterung von Sozialpolitiken dienen, wie im folgenden Abschnitt am Beispiel des deutschen Sozialversicherungsstaates expliziert wird. Die Grenzziehungen basieren allerdings – dies ist zu betonen – auf Macht und Deziision. Welche Interessen sich bei der Ausgestaltung von Solidaritätsvorstellungen durchsetzen ist offen, hat allerdings stets ethische Implikationen.

### 3) Herausforderungen und Potenziale der deutschen Sozialversicherungs-Solidarität

Verschiedene Formen der Sozialpolitik gehen einher mit verschiedenen Formen der Solidarität. Im deutschen Sozialversicherungsstaat dominiert eine ethische Logik, der zufolge „jeder das bekommt, was ihm zusteht“ (*Offe* 1998). Hier kommt es also zu einer äquivalenten Umsetzung der Erwerbseinkommen (und Beiträge) in Sozialtransfers unter Berücksichtigung

---

<sup>8</sup> Selbstverständlich ist dann die Frage virulent, wie die Wege zum Staatsbürgerstatus politisch ausgestaltet werden. Auch hier ist zu betonen, dass die Einbürgerung von Migranten in den nordischen Ländern schneller und umfangreicher erfolgt, als zum Beispiel in kontinentaleuropäischen Ländern. Vgl. aber zu jüngeren und gegenläufigen Entwicklungen der Migrationspolitik in Schweden *Schall* (2016).

besonderer (und politisch umkämpfter) sozialer Gesichtspunkte. Es wäre hier zwischen einzelnen Politikfeldern mit durchaus unterschiedlichen Solidaritätsprinzipien zu differenzieren. Aber dennoch ist für den deutschen Sozialstaat das Prinzip der Sozialversicherung charakteristisch (*Jochem* 2001, 2009).

*Frank Nullmeier* und *Friedbert Rüb* waren zu Beginn der 1990er Jahre optimistisch, dass eine effiziente Universalisierung der Sozialpolitik auch mit den Institutionen des Sozialversicherungsstaates zu erreichen sei: „Dem Weg zur Universalisierung sind immanent keine prinzipiellen Grenzen gesetzt“ (*Nullmeier/Rüb* 1994: 63). Trifft dies auch heute unter den gewandelten Rahmenbedingungen zu? Oder haben wir es mit neuen Herausforderungen zu tun, bei denen sich das Potenzial der Sozialversicherung erschöpft?

Der deutsche Sozialversicherungsstaat ist zweifellos erfolgreich bei Versuchen, die Universalisierung der Sozialversicherung zu forcieren. Bei der Integration von Familienmitgliedern in die Gesetzliche Krankenversicherung, der Einrechnung von Erziehungs- und Pflegeleistungen in die Gesetzliche Rentenversicherung oder bei der Ausweitung der Sozialversicherung im Prozess der Deutschen Einheit (*Ritter* 2006), stets kam es zu erfolgreichen Universalisierungsprozessen deutscher Sozialversicherungspolitik. Zwar wurde mit der Deutschen Einheit die Steuerfinanzierung deutlich ausgeweitet. Dieser Steueranteil hat sich seit Beginn der Nuller Jahre aber bei ungefähr einem Drittel des gesamten Sozialbudgets eingependelt (*BMAS* 2017: 250). Zudem steigt die absolute Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten an. Zu Beginn des Jahres 2017 wurden erstmals in der deutschen Geschichte 32 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse von der Bundesagentur für Arbeit ausgewiesen.<sup>9</sup> Die Ethik der Sozialversicherung erfasst also immer mehr Menschen in Deutschland.

In den Sozialversicherungen finden ferner beachtliche materielle Umverteilungen statt – nicht zuletzt innerhalb der Sozialversicherungszweige zwischen alten und neuen Bundesländern (*Jochem* 2009). Unter Berücksichtigung der erbrachten Beitragszahlungen ist die Umverteilungsleistung zwischen Personen und Generationen im Sozialversicherungsstaat allerdings eher als gering zu bewerten (*Bach/Grabka/Tomasch* 2015). Armut und materielle Ungleichheit nehmen zwar deutlich zu (*Bundesregierung* 2017), allerdings ist materielle Ungleichheit in vielen OECD Ländern entweder schneller gewachsen oder gegenwärtig

---

<sup>9</sup> Die Daten sind der Online-Statistik der Bundesagentur für Arbeit entnommen: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Beschaeftigung/Beschaeftigung-Nav.html> (Zugriff 28.08.2017).

deutlich größer (*OECD* 2015). Insgesamt zeigt sich also durchaus die beachtliche Leistungskraft einer sozialversicherungsbasierten Politik des mittleren Weges in Deutschland (*Schmidt* 1987, 2014; vgl. aber *Seeleib-Kaiser* 2016).

Jenseits der unbestreitbaren Leistungspotenziale mehren sich aber Herausforderungen für die Solidarität im Sozialversicherungsstaat. Auf der Grundlage der im zweiten Abschnitt herausgearbeiteten Solidaritäts-Matrix werden diese Herausforderungen thesenartig empirisch dargestellt und normativ reflektiert.

### *Sozialversicherung, Digitalisierung, Dualisierung*

Die voranschreitende Digitalisierung stärkt neue Beschäftigungsformen, die klassische sozialversicherungspflichtige Beschäftigung könnte zum Auslaufmodell mutieren. Wer zum Beispiel die Altersarmut der sogenannten „Selbstständigen“, der Werksverträtger, freien Kulturschaffenden oder digitalisierten Freelancer, vermeiden möchte, sollte darüber nachsinnen, eine grundlegende universelle Armutspolitik finanziert durch allgemeine Steuern im Bereich der Rentenpolitik einzuführen, wie sie in Nordeuropa bereits existiert. Zwar wird in der Debatte immer öfter auf die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens verwiesen, das für seine (vermeintliche) Solidarität gerühmt wird. Allerdings ist – jenseits der hohen Hürden einer Finanzierung – zu kritisieren, dass ein solches universelles Transfersystem zum einen den Niedriglohnsektor weiter subventionieren und verfestigen, den Sozialstaat insgesamt abbauen und die soziale Mobilität vor allem der bildungsfernen Schichten eher zementieren als auflösen würde (*Hassel* 2017).<sup>10</sup>

Digitalisierung befeuert zudem die bereits stark ausgeprägte Dualisierung des Arbeitsmarktes in Deutschland. Geringqualifizierte Erwerbstätige im Dienstleistungssegment werden immer stärker von den Lohnentwicklungen in den Kernbranchen des deutschen Modells abgekoppelt, wenn sie nicht bereits außerhalb des Tarifgefüges den Kostensenkungsimperativen der Arbeitgeber ausgesetzt sind. In Deutschland ist diese Dynamik vor allem in der Finanzkrise deutlich geworden (*Hassel* 2011). Ist eine solche Dynamik mit der Solidarität des Sozialversicherungsstaates („Jeder bekommt, was ihm zusteht“) effektiv zu korrigieren? Oder bedarf es hierfür universeller Politikinitiativen der Bildungs- und Aktivierungspolitik, kurz der Politik sozialer Investitionen?

---

<sup>10</sup> Vgl. zum Austausch der unterschiedlichen Argumente das Streitgespräch in der Wirtschaftswoche zwischen dem Befürworter *Thomas Straubhaar* und *Anke Hassel*, die aus guten systemischen Gründen das bedingungslose Einkommen ablehnt (<http://www.wiwo.de/politik/deutschland/bedingungsloses-grundeinkommen-geld-fuer-gar-nichts/19905338.html>, Zugriff 28.08.2017).

### *Sozialversicherung, Bildung, Soziale Investitionen*

Deutschland ist aus international vergleichender Perspektive Nachzügler in der Bildungspolitik (*Busemeyer 2015*). Diesem Politikfeld wird große Relevanz für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes attestiert, Sozialversicherungen sind hier nicht zuständig. Die Finanzierung der Bildungspolitik ist (noch) alleinige Aufgabe der Länder, die jedoch durch die Schuldenbremse bzw. das europäische Austeritätsregime und ohne substanzielle eigene Besteuerungsmöglichkeiten von den Konjunkturen des Länderfinanzausgleiches abhängig sind. Eine Ausweitung der Steuerfinanzierung in diesem Politikfeld stößt auf Widerspruch bei bereits hohen Abgabenbelastungen. Die hohe Bindung monetärer Mittel in den Sozialversicherungen hemmt einen universell-solidarischen Ausbau staatlicher Bildungspolitik, fördert Privatisierungstendenzen und untergräbt die universell substanzielle Solidarität – wenn nicht der politisch riskante Weg einer signifikanten Ausweitung des Steuerstaates eingeschlagen wird.

Früh wies *Jutta Allmendinger* darauf hin, dass der (universell-solidarische) Sozialstaat, um krisenfest und zukunftsfähig sein zu können, zwei Beine benötige, materielle Sicherungsprogramme einerseits sowie die Bildungspolitik mit ihren Effekten auf das individuelle Humankapital andererseits (*Allmendinger 2009*). Jüngst wird in der Forschung verstärkt der Fokus auf soziale Investitionen gerichtet (*Busemeyer/Garritzmann 2017*). In diese Richtung plädiert auch die Europäische Union.<sup>11</sup> Just dieser Politikmix von Aktivierung, Bildung, Steigerung des Humankapitals und der Gesundheit der Erwerbspersonen kann schwerlich vom bestehenden Sozialversicherungsstaat mit seiner Finanzierungsbasis und seiner Solidaritätskonzeption („Jeder bekommt, was ihm zusteht“) umgesetzt werden. Das zweite Bein universell-solidarischer Sozialpolitik fußt auf einem interventionistischen Sozial- und Steuerstaat, der auch bei immer heterogener werdenden Gesellschaften substanziell-universelle Solidarität durch soziale Investitionen für alle Gemeinschaftsmitglieder ermöglicht.

### *Sozialversicherung, Migration, Integration*

---

<sup>11</sup> Vgl. hierzu die entsprechenden Informationen unter: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1044> (Zugriff am 30.08.2017), dort sind weitere Verweise aufgeführt.

In Deutschland ist – jenseits der jüngsten Flüchtlingskrise – eine stark zunehmende Anzahl von Migranten aus Ländern der EU zu beobachten.<sup>12</sup> Bürger anderer EU-Länder nutzen ihre Freizügigkeit und finden oft schnell Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Die Politik der Bundesregierung zielt darauf ab, die Berechtigung der EU-Migranten für steuerfinanzierte Grundsicherungsleistungen (z.B. Kindergeld, Studienbeihilfen) einzuschränken, stößt dabei aber oft auf anderslautende Rechtsprechungen der Sozialgerichte sowie des EuGH.

In absoluten Beiträgen steigt durch diese Migration der finanzielle Aufwand für den deutschen Sozialstaat<sup>13</sup>. Wenn sich die deutsche Sozialversicherungs-Solidarität einkapselt, dann führt die unregulierbare Zuwanderung von EU-Bürgern zu zunehmender Prekarisierung und Obdachlosigkeit derjenigen, die keinen unmittelbaren Zugang zum Erwerbsleben in Deutschland finden.<sup>14</sup> An diesem Punkt offenbart sich die Beschränktheit und Verletzbarkeit der Sozialversicherungs-Solidarität in einem europäischen Freizügigkeitsregime.

Zudem sind die Flüchtlinge und Migranten erst in die Lage zu versetzen, selbstständig auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und Teil der Sozialversicherungs-Solidarität werden zu können. Dieses Ziel kann (zum Teil) die aktive Arbeitsmarktpolitik leisten. Deren Finanzierungsmodus setzt jedoch enge Grenzen für eine expansive Politik, will die Politik nicht weitere Steuermittel zur Finanzierung beisteuern. Bis die Flüchtlinge sich aktiv an der Sozialversicherungs-Solidarität beteiligen können sind unterstützende Maßnahmen in den Bereichen Wohnen, Bildung und Armutsbekämpfung notwendig, die nicht von den Sozialversicherungen zu leisten, sondern steuerfinanziert von der Allgemeinheit in den Kommunen und Landkreisen zu stemmen sind. Auch hier erschöpft sich die Politik der Sozialversicherung zusehends.

---

<sup>12</sup> Zumindest in absoluten Zahlen ist der Zustrom von EU-Bürgern nach Deutschland am größten innerhalb der EU. In Relation zur Bevölkerungsgröße haben zwar andere Länder einen durchaus größeren Migrationsdruck zu verzeichnen. Allerdings ist Deutschland auch in dieser Betrachtungsweise noch im Spitzenfeld der Migrationszielländer. Vgl. die Auflistung der Zahlen für das Jahr 2015 von *Eurostat* unter: [http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/File:Immigration\\_by\\_citizenship\\_2015\\_YB17-de.png](http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/File:Immigration_by_citizenship_2015_YB17-de.png), Zugriff am 30.08.2017.

<sup>13</sup> Vgl. die Schätzung durch die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* allein für das Kindergeld: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/sozialeleistungen-kindergeld-fuer-eu-auslaender-kostet-milliarden-12934386.html>, Zugriff 30.08.2017.

<sup>14</sup> Die Datenlage hierzu ist sehr schlecht. Medienpublikationen skizzieren jedoch ein eher düsteres Bild dieser Herausforderung für die deutsche Sozialpolitik, vgl. <http://www.zeit.de/gesellschaft/2016-06/sozialeleistungen-eu-buerger-zuwanderung-armutsmigration>, Zugriff 30.08.2017. Wenn EU-Ausländer in Deutschland verunglücken, offenbart sich die chauvinistische Schließung des deutschen Sozialversicherungsstaates: <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/medizinische-versorgung-sozialreferat-fordert-haertefallregelung-fuer-mittellose-eu-buerger-1.3644028>, Zugriff 30.08.2017.

## *Sozialversicherung, Austerität, Finanzierungsdilemma*

Insgesamt wird aus den Ausführungen deutlich, dass zusätzliche politische Initiativen des deutschen Sozialstaates sich im europäischen Austeritätsregime in einem Finanzierungsdilemma befinden. Auf der einen Seite wären – wie gezeigt – weitere sozialpolitische Initiativen aus sachlichen Gründen angeraten – sie werden zudem von der Bevölkerung mehrheitlich eingefordert (*Heinrich/Jochem/Siegel 2016*). Gleichzeitig sind die unteren und mittleren Einkommen bereits durch die Sozialabgaben hoch belastet – und insofern sind mögliche Finanzierungspotenziale für eine aktive Sozialpolitik jenseits der Sozialversicherungen in der Meinung der Bevölkerung sehr begrenzt. Neben höheren Steuern für Unternehmen oder Steuern auf Vermögen oder Erbschaften ist für alle weiteren Finanzierungsoptionen die Ablehnung in der Gesellschaft eindeutig ausgeprägt (*Bandau/Lübker/Rixen 2017*). Reformpolitisch stehen also nicht viele Wege offen, wollte die deutsche Sozialpolitik eine substanzuell-universelle Solidarität anstreben und so die zwei Beine der Sozialstaatlichkeit (*Allmendinger 2009*) absichern.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass die substanzuell-universelle Solidarität, die normativ so reizvoll ist, in empirischer Betrachtungsweise kaum mehr in Europa zu realisieren ist. Denn auch im Norden schwächt sich die substanzuell-universalistische Solidarität zusehends ab. Die nordischen Sozialstaaten haben in jüngster Vergangenheit ihre Sozialpolitik stark eingeschränkt, zahlreiche Bereiche (im Gesundheitswesen oder bei der Bildung) privatisiert. Starke rechtspopulistische Parteien haben in allen nordischen Ländern die Sozialpolitik zu chauvinistischen Reformen gedrängt (*Kuhnle/Alestalo 2017, Rothstein 2016*) oder Privatisierungen und Ausweitungen von Marktprozessen mit ihrer formal-universellen Solidarität forciert (*Wiborg 2015, Svallfors 2017*). Diese Befunde decken sich mit der These, dass sich der interventionistische Sozialstaat weltweit auf dem Rückzug befinde (*Zohlnhöfer/Engler/Dümmig 2017*).

Dies führt zu dem durchaus paradoxen Ergebnis, dass eine substanzuell-universelle Solidarität, so reizvoll sie auch aus normativen Gründen erscheinen mag, im entgrenzten Europa nur noch schwer realisierbar erscheint. Obwohl sich die Herausforderungen für die Sozialversicherungs-Solidarität in vielen Hinsichten stetig mehren, ist unter den ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen der Austerität in Europa die Sozialversicherungs-Solidarität die vielleicht anpassungsfähigste Solidaritätsform in Europa – weil ihre Reziprozitätslogik sehr nahe am marktkonformen Tausch liegt und ihre „natürliche“ Basis die Erwerbsarbeit und der politisch umkämpfte Staatsbürgerstatus darstellt. Es ist eine

(durchaus dialektische) Ironie der Geschichte, dass das Projekt europäischer Grenzüberwindung dazu führt, dass eine universell-substanzielle Solidarität in den Mitgliedsländern der EU ausgehöhlt wird, Anzeichen sozialpolitischen Chauvinismus zunehmen und sich letztlich Sozialpolitiken verstärkt an ethischen Kriterien oder Kriterien der Staatsbürgerschaft orientieren, wenn die Politik nicht gänzlich auf die normativ kaum ambitionierte Solidarität des Marktes mit ihren Konsequenzen eines gesellschaftlichen und politischen Neo-Feudalismus (*Neckel 2010*) umgeschwenkt.

#### 4) Fazit

In Deutschland überwiegt die spezifische Solidarität der Sozialversicherung. Die auf Reziprozitätskalkülen nach *Steffen Mau (2002)* aufbauende Differenzierung unterschiedlicher Solidaritätsformen hat vier Welten der Solidarität unterscheidbar machen lassen. Neben dem eingeschränkten Solidaritätsverständnis der Sozialversicherung (nicht nur in Deutschland) existiert ein substanzuell-universelles Solidaritätsverständnis vor allem in Nordeuropa. Die formal-universelle Solidarität des Marktes differenziert sozialpolitisches Handeln zwischen Arm und Reich, wohingegen eine eingeschränkte und sich einkapselnde Solidarität in einem stigmatisierenden Wohlfahrtchauvinismus aufgeht.

Solidarität ist abhängig von Grenzen und Grenzziehungen (vgl. *Liessmann 2012, Sandel 2013, Kymlicka 2015*). Solidarität thematisiert stets den Umgang Egos mit Alter, die soziale, politische sowie kulturelle Einbeziehung des Anderen in ein gemeinsames „Wir“. „Einer für alle, alle für einen“ als Synonym für Solidarität macht nur dann Sinn, wenn der Andere zu einem Gemeinsamen *gemacht* wird, wie es so schön an der Metapher vom Samariter im Lukas-Evangelium abzulesen ist. Der Nächste muss nicht der Nächste sein, er wird durch (sozialpolitisches) Handeln zum Nächsten gemacht (*Kaufmann 2015, Sangiovanni 2015*). Insofern überwindet substanzuell-universelle Solidarität stets (biologische, ethnische, soziale) Grenzen, ist gleichzeitig aber auch auf Grenzen der Wir-Bildung bezogen. Wenn die Politik Solidarität nur noch einkapselnd auf eine In-Gruppe bezieht, dann zieht die Sozialpolitik enge gesellschaftliche und kulturelle Grenzen. Eine formal-universelle Solidarität des Marktes hingegen zieht neue Grenze nach den Vorgaben der Risikosolidarität, bei der zwischen Reich und Arm getrennt wird, und bei der Sozialpolitik der Reproduktion von Arm und Reich tatenlos beiwohnt.

Normativ ist substanziell-universelle Solidarität – wie im Norden lange Zeit institutionalisiert – die anspruchsvollste Form der Solidarität. Kursorisch wurde gezeigt, dass diese Form der Solidarität von den Effekten der Entgrenzung von Markt und Politik, dem europäischen Austeritätsregime sowie der negativen Integration der EU (*Fritz W. Scharpf*) zunehmend ausgehöhlt wird. Unter den Umständen der „immerwährenden Austerität“ (*Pierson* 2001, *Armingeon* 2013) erscheint die Solidarität des deutschen Sozialversicherungsmodells zwar als normativ unterlegen, aber aufgrund ihrer Nähe zum Marktmodell des unbedingten Tausches aber als besser an die veränderten Rahmenbedingungen der Entgrenzung und Marktausweitung in Europa angepasst. Hat sich also der interventionistische Staat endgültig zurückgezogen zugunsten unbegrenzter Marktprozesse und sozialer Schließungsprozesse mit all ihren Konsequenzen (*Zohlnhöfer/Engler/Dümig* 2017)? Die Belege mehren sich, dass die durchaus (dialektische) Ironie der europäischen Grenzüberwindung dazu führt, dass substanziell-universelle Solidaritäten ausgehöhlt und Formen der Solidarität gestärkt werden, die entweder chauvinistisch neue Grenzen nach ethnischen Kriterien oder Kriterien der Staatsbürgerschaft ziehen oder auf die minimale Normativität einer formal-universellen Solidarität des Marktes zurückfallen.

Wenn dies zutrifft, dann ergibt sich in der Konsequenz ein genuin demokratietheoretisches Problem. Wenn demokratische Politik keinen Einfluss mehr auf die Ausgestaltung der Sozialpolitik, auf die Ausformung ambitionierter Formen der Solidarität hat, dann würde die Demokratie als auf die Interessen der Bevölkerung eingehende responsive Herrschaftsform an Legitimation verlieren. Eines ist unumstritten: Sozialpolitik hat einen sehr großen Rückhalt in der Bevölkerung (*Svallfors* 2012; *Heinrich/Jochem/Siegel* 2016). Wenn deren politische Interessen nicht demokratisch durch Parteien und Regierungen aufgenommen und in Regierungshandeln umgesetzt werden können, dann wäre nicht nur die Krise einer substanziell-universellen Solidarität offensichtlich, sondern auch die Krise der etablierten Demokratien (*Brown* 2015; *Crouch* 2004; *Hacker/Pierson* 2016; *Streeck* 2013).

## Literaturverzeichnis

*Adorno, T. W.* (2016 [1951]): *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, 10. Auflage, Frankfurt am Main.

*Alber, J.* (1987): *Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat. Analysen zur Entwicklung der Sozialversicherung in Westeuropa*, Frankfurt/New York.

*Alexander, J. C.*, (2014): *Morality as a Cultural System: On Solidarity Civil and Uncivil*, in: *Jeffries, V.* (ed.): *The Palgrave Handbook of Altruism, Morality, and Social Solidarity. Formulating a Field of Study*, New York, S. 303-310.

*Allmendinger, J.* (2009): *Der Sozialstaat braucht zwei Beine*, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 45/2009, S. 3-5.

*Arendt, H.* (1949): *Es gibt nur ein einziges Menschenrecht*, in: *Die Wandlung* 4, S. 754-770 (<http://www.hannaharendt.net/index.php/han/article/view/154/273>, Zugriff 30.08.2017).

*Armingeon, K.* (2013): *Austeritätspolitik: Was Parteien bewirken und Märkte mögen*, in ders. (Hrsg.): *Staatstätigkeiten, Parteien und Demokratie. Festschrift für Manfred G. Schmidt*, Wiesbaden, S. 113-138.

*Bach, S./Grabka, M./Tomasch, E.* (2015): *Steuer- und Transfersystem: Hohe Umverteilung vor allem über die Sozialversicherung*, *DIW Wochenbericht* 8/2015, S. 147-156.

*Bandau, F./Lübker, M./Rixen, T.* (2017): *Was ist uns der Wohlfahrtsstaat wert? Einstellungen zur Finanzierung und politische Handlungsoptionen*, Bonn.

*Banting, K./Kymlick, W.* (eds.), (2017a): *The Strains of Commitment. The Political Sources of Solidarity in Diverse Societies*, Oxford.

-- (2017b): *Introduction: The Political Sources of Solidarity in Diverse Societies*, in: dies (eds.): *The Strains of Commitment. The Political Sources of Solidarity in Diverse Societies*, Oxford, S. 1-58.

*Bay, A.-H./Finseraas, H./Pedersen, A.* (2013): *Welfare Dualism in Two Scandinavian Welfare States: Public Opinion and Party Politics*, *West European Politics*, S. 199-220.

*Bayertz, K.* (Hrsg.) (1998a): *Solidarität. Begriff und Problem*, Frankfurt am Main.

-- (1998b): Begriff und Problem der Solidarität, in: ders. (Hrsg.): Solidarität. Begriff und Problem, Frankfurt am Main, S. 11-53.

*BMAS* (2017): Sozialbericht 2017, Berlin.

*Brown, W.* (2015): Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört, Berlin.

*Brunkhorst, H.* (2015): Solidarität als existierende Gerechtigkeit der Demokratie, in: *Tschentscher, A.* (Hrsg.): Soziale Gerechtigkeit heute. Kongress der Schweizerischen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie, Bern, S. 15-28.

*Bundesregierung* (2017): Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin.

*Busemeyer, M.* (2015): Bildungspolitik im internationalen Vergleich. Konstanz.

*Busemeyer, M./Garritzmann, J.* (2017): The Effects of Economic Globalization on Compensatory and Social Investment Policies Compared. A Multi-Level Analysis of OECD Countries. DaWS Working Paper 2017-2. Odense.

*Crouch, C.* (2009): Privatised Keynesianism: An Unacknowledged Policy Regime, *The British Journal of Politics and International Relations*, S. 382-399.

*Derpmann, S.* (2013): Gründe der Solidarität, Münster.

*Große Kracht, H.-J.* (2007): Jenseits von Mitleid und Barmherzigkeit. Zur Karriere solidarischen Denkens im 19. Und 20. Jahrhundert, *Journal für Christliche Sozialwissenschaften*, S. 13-38.

*Hacker, J. S./Pierson, P.* (2016): American Amnesia. How the War on Government Led Us to Forget What Made America Prosper, New York.

*Hassel, A.* (2011): The Paradox of Liberalization – Understanding Dualism and the Recovery of the German Political Economy. LEQS Paper No. 42/2011. London.

-- (2017): Unconditional Basic Income is a Dead End, Social Europe (<https://www.socialeurope.eu/unconditional-basic-income-is-a-dead-end>, Zugriff 28.08.2017).

*Heinrich, R./Jochem, S./Siegel, N. A.* (2016): Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates: Einstellungen zur Reformpolitik in Deutschland, Bonn.

*Herzog, L./Honneth, A.* (Hrsg.) (2014): *Der Wert des Marktes. Ein ökonomisch-philosophischer Diskurs vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Berlin.

*Jeffries, V.* (ed.) (2014): *The Palgrave Handbook of Altruism, Morality, And Social Solidarity. Formulating a Field of Study*, New York.

*Jochem, S.* (2001): Reformpolitik im deutschen Sozialversicherungsstaat, in: *Schmidt, M. G.* (Hrsg.): *Wohlfahrtsstaatliche Politik. Institutionen, Prozess und Leistungsprofil*, Opladen, S. 193-226.

-- (2009): *Reformpolitik im Wohlfahrtsstaat. Deutschland im internationalen Vergleich*, Münster.

-- (2012): *Die politischen Systeme Skandinaviens*, Wiesbaden.

-- (2015): Reformpolitik im schwedischen Sozialstaat. Formen, Gründe und Konsequenzen der Austeritätspolitik, *Wirtschaftspolitische Blätter*, S. 603-614.

*Kaufmann, F.-X.* (2015): *Sozialstaat als Kultur*, Wiesbaden.

*Kuhnle, S./Alestalo, M.* (2017): *The Modern Scandinavian Welfare State*, in: *Nedergaard, P./Wivel, A.* (eds.): *The Routledge Handbook of Scandinavian Politics*, London.

*Kymlicka, W.* (2015): *Solidarity in diverse societies: beyond neoliberal multiculturalism and welfare chauvinism*, *Comparative Migration Studies*, S 1-19.

*Lehtonen, T.-K./Liukko, J.* (2011): *The Forms and Limits of Insurance Solidarity*, *Journal of Business Ethics*, S. 33-44.

*Lehtonen, T.-K./Liukko, J.* (2015): *Producing Solidarity, Inequality and Exclusion Through Insurance*, *Res Publica*, S. 155-169.

*Liessmann, K. P.* (2012): *Lob der Grenze. Kritik der politischen Unterscheidungskraft*, Wien.

*Lutz, B.* (1984): *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt am Main/New York.

*Mau, S.* (2002): *Wohlfahrtsregimes als Reziprozitätsarrangements. Versuch einer Typologisierung*, *Berliner Journal für Soziologie*, S. 345-364.

- Münkler, H.* (2004): Enzyklopädie der Ideen der Zukunft: Solidarität, in: *Beckert, J./Eckert, J./Kohli, M./Streeck, W.* (Hrsg.): Transnationale Solidarität. Chancen und Grenzen, Frankfurt/New York, S. 15-28.
- Miller, D.* (2017): Solidarity and Its Sources, in: *Banting, K./Kymlick, W.* (eds.), 2017: The Strains of Commitment. The Political Sources of Solidarity in Diverse Societies, Oxford, S. 61-79.
- Monroe, K. R.* (1996): The Heart of Altruism. Perceptions of a Common Humanity, Princeton.
- Nagel, T.* (1970): The Possibility of Altruism, Oxford.
- Neckel, S.* (2010): Refeudalisierung der Ökonomie: Zum Strukturwandel kapitalistischer Wirtschaft. MPIfG Working Paper 10 /6. Köln.
- Nullmeier, F./Rüb, F.* (1994): Erschöpfung des Sozialversicherungsprinzips? Gesetzliche Rentenversicherung und sozialstaatlicher Republikanismus, in: *Riedmüller, B./Olk, T.* (Hrsg.): Grenzen des Sozialversicherungsstaates. Leviathan Sonderheft 14/1994, S. 59-80.
- OECD* (2015): In It Together. Why Less Inequality Benefits All, Paris.
- Offe, C.* (1998): Der deutsche Wohlfahrtsstaat: Prinzipien, Leistungen, Zukunftsaussichten, Berliner Journal für Soziologie, S. 359-380.
- Pierson, P.* (Hrsg.) (2001): The New Politics of the Welfare State. Oxford: Oxford UP.
- Rieger, E./Leibfried, S.* (2004): Kultur versus Globalisierung. Sozialpolitische Theologie im Konfuzianismus und Christentum, Frankfurt am Main.
- Ritter, G.* (2006): Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaates, München.
- Rothstein, B.* (2016): The Moral, Economic, and Political Logic of the Swedish Welfare State, in: *Pierre, J.* (ed.): The Oxford Handbook of Swedish Politics, Oxford, S. 69-83.
- Sandel, M.* (2013): Solidarität, in: Transit 44, S. 103-117.
- Sangiovanni, A.* (2015): Solidarity as Joint Action, in: Journal of Applied Philosophy, S. 340-359.

*Schall, C. E.* (2016): *The Rise and the Fall of the Miraculous Welfare Machine. Immigration and Social Democracy in Twentieth-Century Sweden*, Ithaca/London.

*Schmidt, M. G.* (1987): *West Germany. The Policy of the Middle Way*, *Journal of Public Policy*, S. 139-177.

-- (2014): *Noch immer auf dem „mittleren Weg“? Deutschland seit den 1990er Jahren*, in: *Masuch, P./Spellbrink, W./Becker, U./Leibfried, S.* (Hrsg.): *Grundlagen und Herausforderungen des Sozialstaats. Denkschrift 60 Jahre Bundessozialgericht. Eigenheiten und Zukunft von Sozialpolitik und Sozialrecht, Band 1*, Berlin, S. 221-240.

*Seeleib-Kaiser, M.* (2016): *The End of the Conservative German Welfare State Model*, *Social Policy & Administration*, S. 219-240.

*Skocpol, T.* (1992): *Protecting Soldiers and Mothers. The Political Origins of Social Policy in the United States*, Cambridge.

*Stjernø, S.* (2004): *Solidarity in Europe. The History of an Idea*, Cambridge.

*Streeck, W.* (2013): *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin.

*Svallfors, S.* (Hrsg.) (2012): *Contested Welfare States. Welfare Attitudes in Europe and Beyond*. Stanford.

-- (2017): *Lobbying for Profits: Private Companies and the Privatization of the Welfare State in Sweden*, *Working Paper 2017:1*, Institutet för framtidsstudier, Stockholm.

*Thelen, K.* (2014): *Varieties of Liberalization and the New Politics of Social Solidarity*, New York.

*Wiborg, S.* (2015): *Nordische Spielarten wettbewerbsorientierter Bildungsreformen*, in: *Henningsen, B./Jochem, S./Frech, S.* (Hrsg.): *Das politische Skandinavien. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik & Kultur*, Schwalbach/Ts., S. 151-172.

*Wildt, A.* (2007): *Solidarität als Strukturbegriff politisch-sozialer Gerechtigkeit*, *Journal für Christliche Sozialwissenschaften*, S. 39-60.

Zohlnhöfer, R./Engler, F./Dümig, K. (2017): Review Article: The Retreat of the Interventionist State in Advanced Democracies, *British Journal of Political Science* (online first).